

## **Antrag Nr. 1**

der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen  
an die 169. Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer  
am 26. November 2020

### **SOZIALSTAAT SCHÜTZEN UND WEITERENTWICKELN LEHREN AUS DER KRISE**

Wie schon bei der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 erweist sich der Sozialstaat auch in der aktuellen Corona-Krise als eines der wichtigsten Instrumente für eine erfolgreiche Krisenbewältigung. Mehr noch als sonst zeigt sich in derartigen Situationen, wie wichtig ein gut ausgebautes soziales Netz und eine gut funktionierende Sozialpartnerschaft sind.

**Die Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer fordert daher:**

- **Klares Bekenntnis der EntscheidungsträgerInnen in Österreich zu einem starken und aktiven Sozialstaat, der den Menschen auch in schwierigen Zeiten und Lebenslagen Schutz bietet. Für dieses Bekenntnis gilt es auch auf dem internationalen Parkett vehement einzustehen.**
- **Anerkennung, dass ein gut ausgebauter Sozialstaat und Sozialpartnerschaft mit starken Interessensvertretungen der ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen auch für die Leistungskraft der Wirtschaft sehr positiv sind, wie das auch viele internationale Länderbeispiele zeigen. So ist zB in Krisenzeiten die Wirkung des Sozialstaats als „automatischer Stabilisator“ der Nachfrage – und damit der gesamten Wirtschaft – enorm wichtig.**
- **Absicherung und Weiterentwicklung der bestehenden sozialstaatlichen Standards und damit auch Sicherung des sozialen Zusammenhalts und des sozialen Miteinander in einer sich rasch ändernden Arbeits- und Lebenswelt.**
- **Stärkung der Selbstverwaltung in den zentralen Institutionen des Sozialstaats.**
- **Respekt und Anerkennung für die LeistungsträgerInnen in systemrelevanten Berufen nicht nur in der Krisenzeit – durch bessere Entlohnung und bessere Arbeitsbedingungen.**
- **Faire Verteilung der „Krisenkosten“ und Sicherstellung einer nachhaltigen Finanzierung des Sozialstaats – allen voran im Gesundheits- und Pensionssystem.**

Unser Sozialsystem erweist sich als robust und leistungsstark und das muss auch in Zukunft so bleiben. Erforderliche Notfallprogramme – wie die von der Regierung eingerichteten Hilfsfonds – können darauf aufbauen. Und wo Schwachstellen sichtbar werden, müssen diese möglichst rasch behoben werden. Das reicht von Hürden beim Zugang zu Hilfsfonds über die Probleme bei der Pflege und bei den Schutzausrüstungen in den Spitälern bis hin zum unzureichenden Einkommensersatz bei Verlust des Arbeitsplatzes und den Lücken im „Auffangnetz“ der Sozialhilfe.

Was bereits für die Finanz- und Wirtschaftskrise vor über zehn Jahren galt, hat die COVID-19-Pandemie neuerlich bestätigt: Länder mit hohen Sozialstandards und funktionierenden Sozialsystemen sind leistungsstärker und können auch mit Krisen besser umgehen!

Das zuvor oft (ungerechtfertigt) gescholtene Gesundheitssystem hat den Pandemie-Stresstest mit bravourösen Leistungen der dort Beschäftigten bestanden. Ein zentraler Vorteil dabei war und ist der sozialstaatliche, solidarische Charakter unseres Gesundheitssystems: Fast die gesamte Bevölkerung ist in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert, die Beiträge werden anteilig vom jeweiligen Einkommen gezahlt und alle bekommen im Wesentlichen gute Leistungen. Kein Vergleich etwa zu den USA, die pro Kopf doppelt so viel für Gesundheit ausgeben und doch sehr viele ohne Krankenversicherung und damit auch ohne Versorgung zurücklassen, während sich andere sündhaft teure Behandlungen in Privatkliniken leisten. Evident ist: Der Verzicht auf sozialstaatliche Regelung führt dazu, dass sehr vielen Menschen der Zugang zu guter Gesundheitsversorgung verwehrt wird. Gleiches gilt auch in anderen Bereichen, wie zB bei der Pflege. Hier müssen öffentlich finanzierte mobile Dienste und Pflegeheime ausgebaut und Arbeitsbedingungen und Anerkennung für Pflegekräfte verbessert werden.

Von Pandemie und Wirtschaftskrise besonders schwer getroffen ist der Arbeitsmarkt. Obwohl es den Sozialpartnern im Zusammenwirken mit der Bundesregierung gelungen ist, mit dem weiterentwickelten Kriseninstrument der Kurzarbeit am Höhepunkt der Krise rund 1,3 Mio Arbeitsplätze zu retten, zeichnet sich aber ab, dass es Jahre dauern und besondere Kraftanstrengungen brauchen wird, die Arbeitslosigkeit wieder auf das – ohnedies hohe – Vorkrisenniveau zu senken. Ganz wichtig ist, dass nun rasch eine umfassende Arbeitsmarktoffensive gestartet wird, mit einem breiten Maßnahmenbündel, das von Umschulungen in den Gesundheits- und Pflegebereich und in andere Zukunftsbranchen bis hin zur Schaffung gemeinnütziger Beschäftigung nach dem Vorbild der Aktion 20.000 reicht.

Will man den Konsum der privaten Haushalte stabil halten und steigern, dann braucht es neben einer guten Entwicklung der Löhne – ganz besonders bei den LeistungsträgerInnen in systemrelevanten Berufen –, sichere öffentliche Pensionen und eine substanzielle Anhebung des Arbeitslosengeldes.

In den letzten Jahren hat eine bewusste Spaltungsrhetorik gesellschaftliche Ausgrenzungen befeuert. Die Verengung des Solidaritätsraums haben insbesondere geflüchtete Menschen, Armutsbetroffene und Arbeitslose zu spüren bekommen. Demgegenüber muss der Zusammenhalt in der Gesellschaft wieder gestärkt und das Auseinanderdriften von Arm und Reich gestoppt werden. Dem Sozialstaat mit seinen Ausgleichsmechanismen kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Ein solidarisches Miteinander und eine faire Lastenverteilung sind zentrale Grundprinzipien sowohl für den Bestand als auch für die Weiterentwicklung des Sozialstaats. Auch bei der Finanzierung der Krisenkosten und beim Neustart nach der Krise müssen diese Prinzipien ganz oben stehen – im Sinne der Menschen und des Wirtschaftsstandorts!



Sozialdemokratische  
Gewerkschafterinnen  
in der Bundesarbeitskammer

|  |                                    |                                    |  |                                      |
|--|------------------------------------|------------------------------------|--|--------------------------------------|
| Angenommen <input checked="" type="checkbox"/> | Zuweisung <input type="checkbox"/> | Ablehnung <input type="checkbox"/> | Einstimmig <input checked="" type="checkbox"/> | Mehrstimmig <input type="checkbox"/> |
|--|------------------------------------|------------------------------------|--|--------------------------------------|